

DIE WELT 2024

5

FRAGEN
5 ANTWORTEN

#1 WIE GEHT ES IM ISRAEL-GAZA-KRIEG WEITER?

Im Gazastreifen ist nach wochenlangen heftigen Kämpfen endlich eine Waffenruhe in Kraft. Erste Geiseln wurden freigelassen – im Gegenzug ließ Israel palästinensische Gefangene frei. Was sind die nächsten Schritte? Wie wird sich der Krieg weiterentwickeln? Eine Analyse von IFK-Experte Walter Posch.

Am 7. Oktober gelang es Kämpfern der Hamas aus dem hermetisch abgeriegelten Gazastreifen auszubrechen, Hunderte Gefangene zu machen und ein Massaker zu verüben, das den höchsten Blut- zoll unter der jüdischen Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg forderte. Die israelische Reaktion darauf bestand aus schweren Bombardements mit Tausenden zivilen palä-

stinensischen Opfern, der Vertreibung von mehr als einer Million palästinensischer Zivilisten aus dem Norden des Gazastreifens und einer Bodenoffensive. Nach sechs Wochen wurde erstmals ein Waffenstillstand beschlossen und der Austausch von Geiseln initiiert. Die weiteren Entwicklungen hängen nun vom Erfolg und der Dauerhaftigkeit des Waffenstillstands ab.

Die aus der palästinensischen Moslembruderschaft hervorgegangene Hamas erschütterte mit ihrer Attacke zumin-

dest zeitweise das Vertrauen der israelischen Bevölkerung in ihren Staat und die Sicherheitskräfte. Innerhalb der palästinensischen Szene konnte sich die Hamas damit als führende Kraft gegen die PLO sowie die Palästinensische Autonomiebehörde durchsetzen. Gleichzeitig etablierten sich die Al-Kassam-Brigaden im Gazastreifen als treibende Kraft innerhalb der Hamas, deren im Ausland lebende Führung kaum Einfluss auf die Ereignisse hatte und erst durch die katarische Diplomatie im Zuge der Verhandlungen über den Gefangenaustausch wieder

FOTOS: GETTY IMAGES, BEIGESTELLT

**WALTER POSCH**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Türkei, der Irak und der Iran sowie islamistischer Fundamentalismus und Terrorismus.

ins Spiel kam. Die Hamas/Al-Kassam-Brigaden müssen die heftigen israelischen Reaktionen antizipiert und sich dementsprechend vorbereitet haben. Das heißt, es wurden die entsprechenden militärischen Maßnahmen ergriffen (Logistik, Befestigung der Verteidigungsstellungen, und so weiter) und die Verluste in der Zivilbevölkerung und die Zerstörung der durch internationale Hilfe aufgebauten zivilen Infrastruktur bewusst in Kauf genommen. Auf israelischer Seite heißt es nach einem allgemein als glaubwürdig eingestuften Bericht der *Financial Times*, dass die israelischen Grenztruppen und Nachrichtendienste die Übungen und Vorbereitungen der Al-Kassam-Brigaden beobachteten und die richtigen Schlussfolgerungen zogen, die jedoch höheren Orts verworfen wurden. Stattdessen wurde der Westbank militärische und politische Aufmerksamkeit geschenkt, weil dort die Spannungen zwischen der militanten Siedlerbewegung und palästinensischen Zivilisten seit dem Frühjahr zunahmen. Es verwundert daher nicht, wenn Stimmen aus der israelischen Zivilgesellschaft laut wurden, die Premierminister Benjamin Netanjahu und seiner umstrittenen Regierung eine Mitschuld für die Eskalation gaben.

// In Europa vertiefen die Ereignisse in Gaza die Spaltung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, zwischen der älteren und der jüngeren Generation und zwischen den ideologischen Blöcken. //

Sehr früh erklärte der israelische Premierminister die totale Vernichtung der Hamas als Organisation zum militärischen und politischen Ziel der Offensive. Das war zum Teil der öffentlichen Meinung geschuldet, zum Teil jedoch der Versuch, eine in militärischen Kreisen altbekannte Einsicht politisch wegzuwischen: dass ein eingegrabener Feind in einer Ruinenlandschaft ausgezeichnete Verteidigungsmöglichkeiten vorfindet und der Angreifer deutlich im Nachteil ist. Zumal die Hamas über die vergangenen Jahrzehnte emsig Bunker und Tunnel anlegte, von denen bis jetzt nur ein Teil durch die israelische Armee überhaupt identifiziert und neutralisiert werden konnte und bislang nichts darauf hinweist, dass die Hamas in ihren militärischen



ANGRIFF DER HAMAS Ihren Ausgangspunkt nahmen die Kämpfe am 7. Oktober, als die Hamas unter anderem Hunderte Raketen in Richtung Israel abfeuerte. Im Bild zu sehen sind Löscharbeiten nach einer Raketenexplosion in Ashkelon.

FOTOS: GETTY IMAGES, PICTUREDESK, BEIGESTELLT

Um einen Friedensschluss erzielen zu können, benötigt man den Willen beider Kriegsparteien für eine langfristige politische Lösung. Im Fall des Ukraine Krieges stehen sich jedoch stark divergierende Interessen gegenüber.

Das politische Ziel der Ukraine ist die Wiedererlangung der territorialen Integrität unter Wiederherstellung der Grenzziehung vor dem Jahr 2014, folglich inklusive der Krim und der sich im Osten als unabhängig erklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Im Gegensatz dazu steht das politische Ziel der Russischen Föderation: die militärische Eroberung weiterer Gebiete der Ukraine und die Verhinderung der vertieften Westorientierung der Ukraine.

Präsident Wladimir Putin brach mit dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine das allgemeine Gewaltverbot der Vereinten Nationen, da er vermutlich zum Schluss gekommen war, ohne den Einsatz der russischen Streitkräfte sein politisches Ziel nicht erreichen zu können. Der militärische Widerstand der Ukraine war von Beginn an alternativlos notwendig, um einen Abzug Russlands aus der Ukraine zu erzwingen.

Die Bereitschaft beider Staaten ist Grundvoraussetzung für Verhandlungen über einen Waffenstillstand und in weiterer Folge Friedensschluss. In der Politik, Bevölkerung, aber auch in der Wissenschaft herrschen zwei gegensätzliche Positionen vor. Die eine Seite tritt für sofortige Verhandlungen ein, um das Blutvergießen zu stoppen und den Krieg zu beenden. Die andere Seite vertritt die Meinung, dass Verhandlungen erst dann geführt werden können, wenn dadurch auch die Zielsetzungen erreicht werden können. Eine Diskussion über die Vor- und Nachteile beider Möglichkeiten ist derzeit schwierig bis unmöglich. Während erstere als blauäugige Pazifisten bezeichnet werden, wirft man den anderen Kriegstreibern vor.

#2 IST FRIEDEN IN DER UKRAINE MÖGLICH?

Nach dem Versiegen der ukrainischen Sommeroffensive hat sich die Frontlinie weitgehend verfestigt, beide Armeen versuchen, durch Angriffe in die Tiefe die Offensivfähigkeiten des Gegners zu minimieren. Es herrscht ein verlustreicher Abnutzungskrieg, der jedoch noch keinen Gewinner hervorbringen konnte.

Verhandlungen werden jedenfalls erst dann beginnen, wenn eine der Kriegsparteien nicht mehr in der Lage ist, den Krieg erfolgreich weiterzuführen und sich in einer Position der Schwäche zu Verhandlungen gezwungen sieht. Um mit Stärke in Verhandlungen treten zu können, bedarf die Ukraine weiterhin der politischen, wirtschaftlichen und vor allem militärischen Unterstützung der Vereinigten Staaten und Europas.

Wir müssen aber immer im Auge behalten, dass auch ein allfälliges Verhandlungsergebnis, wie immer es auch aussehen mag, nicht bedeutet, dass dieser Krieg zu Ende ist. Vielleicht beginnt nur wieder eine Phase der Erholung und Aufrüstung und der Krieg bricht in der Ukraine oder an einem anderen Ort zu einem späteren Zeitpunkt wieder aus. Es bleibt dann zu hoffen, dass die Zeit zur Realisierung der notwendigen Lehren genutzt wurde.

// Verhandlungen werden in der Ukraine jedenfalls erst dann beginnen, wenn eine der Kriegsparteien nicht mehr in der Lage ist, den Krieg erfolgreich weiterzuführen. //

Der Krieg in der Ukraine soll möglichst rasch am Verhandlungstisch enden. Diese Forderung ist weitverbreitet – realistisch ist sie aber (vorerst) nicht, sagt Militärstratege Oberst des Generalstabdienstes Bernhard Gruber.



OBERST DES GENERALSTABSDIENSTES BERNHARD GRUBER
Der Militärstratege analysiert seit Beginn des russischen Angriffskrieges die Entwicklungen in der Ukraine. Gemeinsam mit den anderen Militärexperten des Bundesheeres wurde er für diese Arbeit im Vorjahr mit einem „Militär des Jahres“-Award ausgezeichnet.

Kapazitäten nachhaltig geschwächt sei. Gleichzeitig tobt ein Informationskrieg um die internationale öffentliche Meinung: So gelang es Israel, nur die eigenen Anhänger davon zu überzeugen, dass sich in einem von den Israelis entdeckten Bunker unter dem Al-Schifa-Spital eine Kommandozentrale der Hamas befände, was die Bombardierung des Spitals militärisch notwendig machte. Die internationalen Reaktionen waren in der islamischen Welt verheerend, aber auch in Europa und Nordamerika kam es zu großen Protesten gegen Israel, bei denen das ursprüngliche Massaker der Hamas an den israelischen Zivilisten keine Rolle spielte.

Im Vergleich zu früheren Eskalationen hat die israelische Öffentlichkeitsarbeit aktuell einen schwereren Stand, obwohl die europäischen Regierungen sich solidarisch zeigten, indem sie das Selbstverteidigungsrecht Israels hervorhoben. In Europa vertiefen die Ereignisse in Gaza die Spaltung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, zwischen der älteren und der jüngeren Generation und zwischen den ideologischen Blöcken. In der Region wiederum blieb der befürchtete Flächenbrand trotz Scharmützeln zwischen israelischen Truppen und der Hisbollah aus, weil alle beteiligten Staaten inklusive Israel und dem Iran genügend Besonnenheit an den Tag legten. Teheran geht davon aus, dass der Ausbruch der Hamas das Selbstbewusstsein der Israelis irreparabel beschädigt hätte, doch zeigten sich die Iraner vom einseitigen und unkoordinierten Vorgehen der Palästinenser irritiert. Das umso mehr, als der Iran in den vergangenen Jahrzehnten die Hamas finanziell und materiell unterstützt hatte und Teheran in solchen Fällen gewohnt ist, die strategische Richtung allfälliger militärischer Operationen vorzugeben.

Schließlich überrascht, dass trotz einer empörten arabischen Öffentlichkeit die Annäherung einiger arabischer Staaten an Israel zwar einen Rückschlag erlitt, aber nicht abgebrochen wurde. Damit bleibt die Frage nach den Ausstiegsszenarien. Israelischerseits wurde der Wunsch nach der Umsiedlung der Gaza-Palästinenser in den südlichen Teil des Streifens und nach Ägypten hin geäußert, was bisher als unreal abgelehnt wurde. Ebenso unreal wurde bis vor Kurzem die Anerkennung der Hamas als Verhandlungspartner für Israel oder als legitime Vertretung der Palästinenser anstatt der moribunden Palästinensischen Autonomiebehörde betrachtet. Sofern die jetzige Waffenruhe auf einem militärischen Patt beruht, der Gefangenenaustausch etablierte Gesprächskanäle stabilisiert und die Waffenruhe zum Dauerzustand wird, könnte sich eine neue politische Realität ergeben.



DAUERKONFLIKT Zum fünften Mal binnen 20 Jahren gibt es Krieg im Gazastreifen – die Zerstörungen sind einmal mehr sehr groß.

FOTOS: PICTUREDESK, BEIGESTELLT

Die USA sind eine Supermacht und Supermächte verfolgen vorerst Eigeninteressen durch Absicherung und/oder Ausdehnung ihrer Macht. Das geschieht auch darum, damit ihnen Herausforderer diese Macht nicht streitig machen. Die Mittel sind Diplomatie, Rüstung und Militärinterventionen. Die USA versprechen ihren befreundeten Staaten Schutz vor ihren oft als aggressiv wahrgenommenen globalen und regionalen Konkurrenten. Die USA haben sich in der Geschichte in dieser Beziehung einen guten Ruf erworben. Sie haben den Europäern geholfen, in beiden Weltkriegen aggressive Staaten niederzuringen. Sie waren als Schutzmacht im „Ost-West-Konflikt“ gegen den Kommunismus aufgetreten. Der Erfolg wurde im heißen Krieg in Korea 1950–1953 und im Kalten Krieg durch nukleare Abschreckung und Aufrüsten unterstrichen.

Um den Schutz gegen Kommunismus zu genießen, haben die Freunde der USA viel akzeptiert. Sie sahen die Atombombenabwürfe auf Japan als gerechtfertigt. Sie haben über die Gräueltaten der GIs im – letztlich verlorenen – Krieg in Vietnam hinweggesehen. Trotz des Anspruchs, eine Führungsmacht der

#3 WIE LANGE NOCH KÖNNEN DIE USA „WELTPOLIZEI“ SPIELEN?

Die USA treten seit Jahrzehnten als Weltpolizei auf. Hat Washington aber noch die Fähigkeiten, den Willen und die Mittel, um diese Rolle auch weiterhin einnehmen zu können? Eine Antwort von Politikwissenschaftler Heinz Gärtner.

marktwirtschaftlichen Demokratien gegen kommunistische Diktaturen zu sein, war es für die Europäer in Ordnung, wenn die USA demokratisch gewählte Regierungen im Iran 1953 und in Chile 1973 stürzten.

Nach Ende des Kalten Krieges suchen westliche Staaten weiterhin den Schutz der USA etwa in der NATO in Europa gegen Russland oder anderen Verbindungen, wie der AUKUS (mit den USA, Großbritannien und Australien) und der Quad (mit den USA, Großbritannien, Japan und Indien) in Asien gegen China.

Die von den USA geführten Interventionen wie am Balkan in den 1990er-Jahren, in Afghanistan nach 2001, im Irak 2003 und in Libyen 2011 ließen allerdings keine stabilen Situationen zurück. Das Vertrauen in die USA begann zu bröckeln. Russland ließ sich von den USA nicht abschrecken, in der Ukraine einzumarschieren. Diplomatisch waren China und das kleine Katar im Nahen Osten erfolgreicher. Die befreundeten arabischen Staaten erfüllen immer weniger die Wünsche der USA, etwa ihre Ölproduktion zu steigern und ihre Beziehungen zu China zu beschränken. Das mit den USA eng verbundene Israel weigerte sich konsequent, trotz massiver militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung, im Nahen Osten die von den USA befürwortete Zweistaatenlösung umzusetzen.

Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und die weiteren neuen Mitglieder) bilden eine eigene, wenn auch heterogene Macht mit mehr als 30 Prozent der globalen Wirtschaftsproduktion und 45 Prozent der Weltbevölkerung. Handel zwischen ihnen wird oft außerhalb des Dollars in nationalen Währungen durchgeführt. Die Eigeninteressen der USA und die von befreundeten Staaten sind nicht mehr so



HEINZ GÄRTNER

Der Universitätsprofessor unterrichtet am Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien, er ist Träger des Militär-Verdienstzeichens des Bundesheeres und leitet den Beirat des International Institute for Peace. Zudem sitzt er dem Strategie- und Sicherheitspolitischen Beirat des Bundesheeres vor. Davor war er wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik.

kongruent wie während des Kalten Krieges. Vor allem die Staaten des Globalen Südens wollen sich nicht mehr völlig auf die Schutzversprechen der USA verlassen. Das bedeutet nicht, dass die USA in der Weltpolitik nicht weiterhin eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Rolle spielen werden.

ENDE MIT SCHRECKEN Vor zwei Jahren zog sich das US-Militär überstürzt aus Afghanistan zurück. Mit fast 20 Jahren gilt der Einsatz am Hindukusch als der längste Krieg in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Um den Schutz gegen Kommunismus zu genießen, haben die Freunde der USA viel akzeptiert. So sahen sie etwa die Atombombenabwürfe auf Japan als gerechtfertigt.

#4 PROFITIERT CHINA VON DEN VIELEN KRISEN?

Wenn sich alle anderen streiten, freut sich ... China! Oder doch nicht? Sinologin Susanne Weigelin-Schwiedrzik über Pekings Rolle in der Welt, den Dauerkonflikt mit den USA und die Folgen der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten für Taiwan.

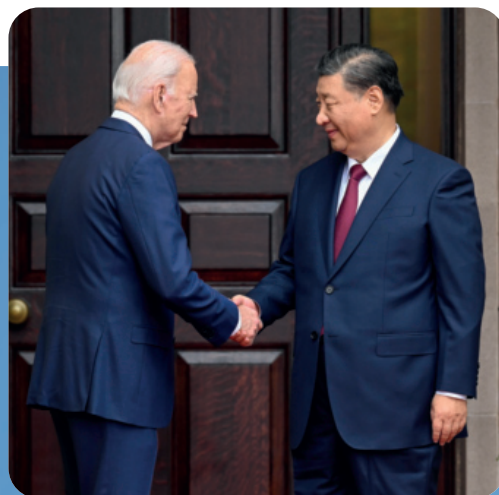
Frau Weigelin-Schwiedrzik, Sie haben gerade ein Buch über die Rolle Chinas in der Welt geschrieben. Welche Rolle spielt China bei den Kriegen in der Ukraine und nun im Nahen Osten?

Wenn wir zunächst auf die Ukraine blicken, dann hätte man gedacht, dass China dort nach der Vorlage seines Zwölf-Punkte-Plans im vergangenen Februar eine aktivere Rolle einnehmen wird. Das ist aber nicht passiert, weil China die Situation für sich aktuell als noch zu ungünstig bewertet. Peking möchte als Moderator auftreten und sich als verantwortungsvolle Großmacht positionieren. Damit das gelingt, müssen Vermittlungsgespräche aber ein Erfolg werden und das ist momentan eher unwahrscheinlich. In Hintergrundgesprächen mit der Ukraine und Russland wurde China sehr schnell klar, dass da

wie dort momentan keinerlei Interesse an einem Friedensschluss besteht und sie diesbezüglich verstärkt mit den USA das Gespräch suchen müssen. Dort wächst vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen 2024 das Interesse an einer Beendigung des Krieges, und man meint in Peking, die USA wären in der Lage, die Ukraine zu Friedensgesprächen zu zwingen, wenn sie drohen, ihre Waffenlieferungen einzustellen.

Blicken wir auf den Nahen Osten. Dort sehen wir interessanterweise eine etwas andere Reaktion der westlichen Welt als bei Russlands Angriff auf die Ukraine. Damals wurde von den USA vorgegeben, dass man sich auf eine Seite stellen muss. Ebenso wie viele andere Länder im globalen Süden wollte das China aber nicht. Im Nahostkonflikt hat der Westen nun eine differenziertere Haltung. Anders ist auch, dass sowohl die USA als auch China sich um Deeskalation bemühen und derzeit die angespannte Situation zwischen den beiden Großmächten in etwas ruhigere Bahnen führen. Sowohl die USA und ihre Verbündeten als auch China sind darum bemüht, alle Gesprächskanäle offenzuhalten.

Aber spielt der Krieg dort China nicht außenpolitisch in die Hände? Sie könnten die Eskalation des Konflikts als Schwäche der USA deuten. Diese Deutung ist auch sicher nicht ganz falsch. Allerdings kann China von dieser Schwäche nicht profitieren, weil es selbst



FREUNDLICHER HANDSCHLAG US-Präsident Joe Biden und Chinas Staatschef Xi Jinping sind kürzlich in Kalifornien zu ihrem ersten persönlichen Austausch seit einem Jahr zusammengelassen.

zu schwach ist, um in der Region eine größere Rolle zu spielen. Das ist Peking auch sehr bewusst und daher versucht es mit den USA verstärkt zusammenzuarbeiten und ähnlich wie vor Beginn des Ukraine-Krieges ein gewisses Maß an Kooperation zu finden.

Bedeutet das auch eine Entspannung in der „Taiwan-Frage“?

Ich sehe es als ganz wichtigen Schritt, dass die beiden Staatsoberhäupter Joe Biden und Xi Jinping kürzlich bei ihrem Treffen in San Francisco beschlossen haben, die bilateralen Gesprächskanäle zwischen den Militärs der USA und Chinas wieder zu öffnen. Zuletzt war die Sorge schon sehr groß, dass es infolge der hohen Marine- und Luftaktivitäten rund um Taiwan zu einem ungewollten Aufeinandertreffen oder Unfall kommen könnte und sich daraus ein größerer Konflikt ergibt. Die Öffnung der Gesprächskanäle ist daher ganz klar als deeskalierender Schritt zu werten, der aber nichts an Chinas roter Linie ändert ...

... einer möglichen Unabhängigkeitserklärung Taiwans?

Genau. In so einem Fall würde China sofort militärisch eingreifen, eine entsprechende Intervention ist in China sogar gesetzlich vorgegeben. Allerdings halte ich in Chinas Militär großen Widerstand gegen eine mögliche militärische

Einnahme Taiwans, der kürzlich erfolgte Geheimnisverrat rund um die chinesischen Raketenabwehrbasen ist dafür ein klares Indiz. Dieser Widerstand ist aus meiner Sicht auch sehr verständlich, es dürfte schließlich sehr schwierig und verlustreich sein, die Insel einzunehmen.

Setzt China auch deshalb wieder verstärkt auf eine politische Lösung?

China versucht jedenfalls auf die USA einzuwirken, die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans keinesfalls aktiv zu unterstützen. Zudem hofft Peking bei den taiwanischen Präsidentschaftswahlen am 13. Jänner 2024 auf Stimmengewinne chinafreundlicher Parteien, was dann insgesamt zu einer Entspannung der Situation führen könnte. Eine derartige Phase müsste dann auch unbedingt für weiterführende Maßnahmen genutzt werden. Sollte bei den US-Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr nämlich tatsächlich wieder Donald Trump an die Macht kommen, dürfte der Ton schließlich rasch wieder konfrontativer werden.

Sollte bei den US-Präsidentschaftswahlen tatsächlich wieder Donald Trump an die Macht kommen, dürfte der Ton zwischen den USA und China rasch wieder konfrontativer werden.



FOTOS: PICTUREDESK, BRANDSTÄTTER VERLAG, BEIGESTELLT



SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK ist seit 2020 im Ruhestand befindliche Universitätsprofessorin für Sinologie am Institut für Ostasienwissenschaften der Uni Wien und Mitarbeiterin des Center für Strategische Analysen. Seit 2011 ist sie zudem korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.



CHINA UND DIE NEUORDNUNG DER WELT von Susanne Weigelin-Schwiedrzik. Erschienen im Brandstätter Verlag, 2023, 216 Seiten, 22 Euro.



BRIGADIER A. D. WALTER FEICHTINGER
 Von 2002 bis 2020 war der Sicherheitspolitik-Experte Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie. Aktuell ist er als Präsident des Center für Strategische Analysen (CSA) in Wien tätig.

#5 UND WER BRAUCHT ÜBERHAUPT NOCH DIE UNO?

Angesichts der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten stellt sich die Frage, welchen Zweck die Vereinten Nationen heute überhaupt noch haben. Eine kritische Betrachtung von Sicherheitspolitik-Experte Brigadier a. D. Walter Feichtinger.

Wann immer Kriege und bewaffnete Konflikte stattfinden, ertönt der Ruf nach der UNO. Schließlich wurde sie nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um diese zu verhindern. Doch nur in den seltensten Fällen wird sie diesem hohen Anspruch auch gerecht. Die UNO tritt eher im Nachklang bewaffneter Auseinandersetzungen in Erscheinung. Meist geht es darum, Abkommen, bei deren Zustandekommen sie oft nur am Rande eingebunden war, durch politische oder militärische Maßnahmen (Friedenseinsätze) zu überwachen. Konfliktprävention gelingt bedauerlicherweise nur selten.

Aber versagt sie deshalb? Keinesfalls, denn sie kann nur im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten agieren. Die UNO ist ein Zusammenschluss von 193 gleichberechtigten Staaten („one State – one vote“-Prinzip). Für globalen Frieden und Sicherheit ist der Sicherheitsrat (SR) zuständig, der 20 Mitglieder umfasst. 15 davon wechseln alle zwei Jahre, fünf (USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich) sind ständige Mitglieder und verfügen über ein Veto-recht.

Im Anlassfall äußert sich der SR zu

Konflikten oder friedensbedrohenden Ereignissen. Er fasst entsprechende Beschlüsse (Resolutionen), verhängt Sanktionen oder kann sogar den Einsatz militärischer Gewalt gegen „Friedensbrecher“ erlauben. Wenn allerdings eine Veto-Macht direkt in einen Konflikt verwickelt ist oder einen verbündeten Staat unterstützt, wird es zu keiner Resolution kommen. Der SR ist blockiert. Deswegen ist es beispielsweise auch zu keiner Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine gekommen.

Wenn daher ein ständiges Mitglied militärische Gewalt einsetzen möchte oder dieses Vorgehen stützt, ist das Gremium machtlos. Es „versagt“ aufgrund seiner Konzeption. Als schwache Alternative gibt es Abstimmungen in der Vollversammlung, die zwar ein Stimmungsbild abgeben, jedoch keine verbindlichen Resolutionen bedeuten. Dennoch ist dieses Votum nicht zu unterschätzen, weil bei einer klaren Mehrheit politischer und moralischer Druck auf den jeweiligen Staat erzeugt werden kann.

Häufig kommt es nach bewaffneten Konflikten zu militärischen Friedenseinsätzen. Dafür ist ein Mandat des SR von großer Bedeutung, weil damit die völkerrechtliche Legitimation erfolgt und ein entsprechendes

BLAUHELME Seit Jahrzehnten werden von den Vereinten Nationen Truppen zur Friedenssicherung eingesetzt – im Bild libanesische Soldaten und Blauhelme in der Nähe des südlibanesischen Dorfes Kfar Shuba (UNIFIL). Seit der Operation der Vereinten Nationen im Kongo (ONUC) im Jahr 1960 sind auch österreichische Soldatinnen und Soldaten Teil der Friedenstruppen.



FOTOS: PICTUREDESK, BUNDESHEER/MINICH

Mandat erteilt wird. Das gilt sowohl für UNO-Missionen (Blauhelmeinsätze) als auch für Einsätze anderer Organisationen wie beispielsweise von EU, NATO oder Afrikanischer Union (AU). Doch letztlich entscheiden die betroffenen Staaten – wie aktuell Mali oder Sudan, wo die Militärregierungen die Beendigung der UNO-Missionen fordern.

Dabei ist anzumerken, dass die UNO weit über den militärischen Bereich von Sicherheit hinaus tätig ist. Immer mehr rücken Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels in den Fokus, doch Flüchtlingshilfe, Ernährungs- und Entwicklungsprogramme und vieles mehr gibt es schon seit Jahrzehnten. Aber auch hier gilt, dass die Vertreter der UNO nur so weit gehen und

tätig werden können, wie es ihre Mitglieder erlauben und ermöglichen. Vereinfacht gesagt – die UNO ist keine Weltregierung, sondern eine Weltbühne, auf der viele Akteure ihre Interessen verfolgen und im Idealfall an einem Strang ziehen.

Doch diese Bühne ist unverzichtbar, weil sie einmalig ist. Eine Alternative ist weit und breit nicht in Sicht. Angesichts zunehmender globaler Herausforderungen wie Klimawandel, geopolitische Umbrüche, Bevölkerungsentwicklung, der Einsatz künstlicher Intelligenz oder militärische Nutzung des Weltraums wird sie wieder an Bedeutung gewinnen. Es ist aber höchste Zeit, sie den heutigen Verhältnissen und Erfordernissen anzupassen. Leicht gesagt, aber schwer getan.

Die UNO ist keine Weltregierung, sondern eine Weltbühne, auf der viele Akteure ihre Interessen verfolgen und im Idealfall an einem Strang ziehen.

DAS BUNDESHEER AM PUNKT

HIER GEHT ES ZUM ERSTEN WHATSAPP-KANAL

zu aktuellen Themen rund um das Bundesheer



MILITAERAKTUELL.AT

- abo@militaeraktuell.at
- facebook.com/militaeraktuell
- instagram.com/militaeraktuell
- linkedin.com/company/militaeraktuell